Antrag

des Abg. Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen**

Faktencheck zur Ankündigung von Innenminister Strobl „Aber zuerst wird jede und jeder sicherheitsüberprüft“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welcher Weise die von Minister Strobl angekündigte Sicherheitsüberprüfung (Interview mit der Schwäbischen Zeitung vom 27. August 2021) der eingereisten Afghanen erfolgt, insbesondere auch unter der Nennung der beteiligten Behörden auf deutscher Seite und des Umfangs der Überprüfung;
2. welche Vorschriften die rechtliche Grundlage für die Sicherheitsüberprüfung darstellen;
3. ob die Sicherheitsüberprüfung vor oder nach der Ausreise erfolgt;
4. welche Konsequenzen es für den Betroffenen hat, wenn die Sicherheitsüberprüfung Auffälligkeiten ergibt;
5. wie viele afghanische Staatsangehörige seit dem Einzug der Taliban in Kabul bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieses Antrags nach ihrer Kenntnis nach Deutschland und Baden-Württemberg eingereist sind, bitte unterteilt nach dem Anteil der jeweiligen Geschlechter der Eingereisten;
6. wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieses Antrags vollständig sicherheitsüberprüft wurden beziehungsweise bei wie vielen die Sicherheitsüberprüfung noch andauert beziehungsweise noch nicht begonnen hat;

7. wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen zuvor in Afghanistan als Ortskräfte für deutsche Behörden arbeiteten beziehungsweise Familienangehörige von Ortskräften waren;
8. ob Medienberichte (etwa BILD-Zeitung vom 31. August 2021, Seite 3 „Warum haben wir nicht ‚vor allem Ortskräfte‘ rausgeholt?“) zutreffend sind, wonach nicht einmal jeder fünfte eingereiste Afghane eine Ortskraft beziehungsweise deren Familienangehöriger war;
9. um welche Gruppen es sich bei den übrigen nach Baden-Württemberg eingereisten Personen handelt;
10. wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen sich zuvor bereits im Bundesgebiet aufgehalten haben und wieder nach Afghanistan ausgereist beziehungsweise abgeschoben wurden, bitte unter der Nennung der jeweiligen Straftaten und der verhängten Strafen bei diesen Personen;
11. ob Innenminister Strobl, der im oben genannten Interview verlangte „Ich will wissen, wer bei uns im Land ist.“, mittlerweile weiß, wer denn nun „bei uns im Land“ angekommen ist;
12. warum sich Innenminister Strobl wiederholt zu grundlegenden Themen der Migrationspolitik äußert, obwohl sein Ministerium hierfür nicht mehr zuständig ist;
13. wieso die weitere Aussage von Innenminister Strobl im besagten Interview, die FDP stelle ein „Sicherheitsrisiko“ dar, nicht gegen die Neutralitätspflicht für Regierungsmitglieder verstoßen soll;
14. wieso unter Zugrundlegung dieser Maßstäbe des Innenministers, ob etwas als „Sicherheitsrisiko“ einzustufen sei, nicht die mutmaßlich lasche Sicherheitsüberprüfung der nach Deutschland aus Afghanistan eingereisten Personen ein „Sicherheitsrisiko“ darstelle.

2.9.2021

Scheerer, Weinmann, Goll, Heitlinger, Haußmann,
Birnstock, Hoher, Haag FDP/DVP

Begründung

Im Interview mit der Schwäbischen Zeitung vom 27. August 2021 erklärte Innenminister Strobl im Zusammenhang mit den eingereisten Personen:

„Aber zuerst wird jede und jeder sicherheitsüberprüft. Ich will wissen, wer bei uns im Land ist.“

Nur wenige Tage später berichteten andere Medien (u. a. BILD vom 31. August 2021), dass von den eingereisten Afghanen gerade einmal 16,4 Prozent Ortskräfte beziehungsweise deren Familienangehörige waren.

Gleichzeitig bezeichnete Innenminister Strobl im gleichen Interview die FDP als „Sicherheitsrisiko“, womit er nach Ansicht der Antragssteller gegen seine Neutralitätspflicht als Minister verstieß. Auch deswegen sind Nachfragen an den Innenminister erforderlich.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. September 2021 Nr. IM4-0141,5-227 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. in welcher Weise die von Minister Strobl angekündigte Sicherheitsüberprüfung (Interview mit der Schwäbischen Zeitung vom 27. August 2021) der eingereisten Afghanen erfolgt, insbesondere auch unter der Nennung der beteiligten Behörden auf deutscher Seite und des Umfangs der Überprüfung;*
- 2. welche Vorschriften die rechtliche Grundlage für die Sicherheitsüberprüfung darstellen;*
- 3. ob die Sicherheitsüberprüfung vor oder nach der Ausreise erfolgt;*
- 4. welche Konsequenzen es für den Betroffenen hat, wenn die Sicherheitsüberprüfung Auffälligkeiten ergibt;*
- 11. ob Innenminister Strobl, der im oben genannten Interview verlangte „Ich will wissen, wer bei uns im Land ist.“, mittlerweile weiß, wer denn nun „bei uns im Land“ angekommen ist;*

Zu 1. bis 4. und 11.:

Die Ziffern 1 bis 4 und 11 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die Evakuierungsmaßnahmen afghanischer Staatsangehöriger erfolgten im Zusammenspiel verschiedener Bundesministerien. Die Durchführung der entsprechenden Visumverfahren und die in diesem Zusammenhang erforderliche Sicherheitsüberprüfung liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) wurden die evakuierten Personen bei ihrer Ankunft in Deutschland sicherheitsüberprüft. Alle evakuierten Personen wurden bei der Einreise registriert und es wurde jeweils ein entsprechender Datensatz im Ausländerzentralregister angelegt. Damit ist grundsätzlich bekannt, „wer bei uns im Land ist“.

Zu Einzelheiten der Sicherheitsüberprüfung in diesen Fällen wird auf die Zuständigkeit des Bundes verwiesen.

Zur Rechtslage allgemein wird mitgeteilt, dass sich die Sicherheitsüberprüfung vor Erteilung eines Visums zur Einreise aus dem Ausland nach § 73 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) richtet.

- 5. wie viele afghanische Staatsangehörige seit dem Einzug der Taliban in Kabul bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieses Antrags nach ihrer Kenntnis nach Deutschland und Baden-Württemberg eingereist sind, bitte unterteilt nach dem Anteil der jeweiligen Geschlechter der Eingereisten;*
- 6. wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieses Antrags vollständig sicherheitsüberprüft wurden beziehungsweise bei wie vielen die Sicherheitsüberprüfung noch andauert beziehungsweise noch nicht begonnen hat;*

7. *wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen zuvor in Afghanistan als Ortskräfte für deutsche Behörden arbeiteten beziehungsweise Familienangehörige von Ortskräften waren;*
8. *ob Medienberichte (etwa BILD-Zeitung vom 31. August 2021, Seite 3 „Warum haben wir nicht ‚vor allem Ortskräfte‘ rausgeholt?“) zutreffend sind, wonach nicht einmal jeder fünfte eingereiste Afghane eine Ortskraft beziehungsweise deren Familienangehöriger war;*
9. *um welche Gruppen es sich bei den übrigen nach Baden-Württemberg eingereisten Personen handelt;*

Zu 5. bis 9.:

Die Ziffern 5 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. In Baden-Württemberg sind derzeit (Stand 21. September 2021) seit Einzug der Taliban in Kabul über die Zuteilungen des Bundes 81 afghanische Ortskräfte inklusive Familienangehöriger (37 weibliche und 44 männliche Personen) aufgenommen worden. Damit sind dem Land derzeit (Stand 21. September 2021) seit Jahresbeginn insgesamt rund 400 afghanische Ortskräfte inklusive ihrer Familienangehörigen zugewiesen worden. Es wird darauf hingewiesen, dass afghanische Staatsangehörige, die über die Luftbrücke eingereist sind, vom Bund ein 90 Tage-Visum erhalten haben und damit keiner Wohnsitz- oder Aufenthaltsbeschränkung unterliegen. Eine Gesamtzahl der insgesamt nach Baden-Württemberg eingereisten bzw. in Baden-Württemberg aufhältigen Personen liegt daher nicht vor. Nach Angaben des Bundes gegenüber der Deutschen Presse-Agentur sind seit Mitte August rund 4 560 afghanische Staatsangehörige eingereist (Stand 17. September 2021); weitergehende Angaben liegen der Landesregierung nicht vor. Die Prüfung des Bundes, ob es sich bei diesen Personen um Ortskräfte mit einer Aufnahmezusage nach § 22 AufenthG bzw. weitere Personen mit einer solchen Aufnahmezusage (z. B. Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Medienschaffende) handelt, dauert derzeit noch an.

Im Hinblick auf die Ziffer 6 wird auf die Stellungnahme zu den Ziffern 1 bis 4 verwiesen.

10. *wie viele dieser nach Baden-Württemberg eingereisten Personen sich zuvor bereits im Bundesgebiet aufgehalten haben und wieder nach Afghanistan ausgereist beziehungsweise abgeschoben wurden, bitte unter der Nennung der jeweiligen Straftaten und der verhängten Strafen bei diesen Personen;*

Zu 10.:

Hierzu liegen dem zuständigen Ministerium der Justiz und für Migration aktuell keine Erkenntnisse vor.

12. *warum sich Innenminister Strobl wiederholt zu grundlegenden Themen der Migrationspolitik äußert, obwohl sein Ministerium hierfür nicht mehr zuständig ist;*

Zu 12.:

Herr Innenminister Strobl ist auch Stv. Ministerpräsident und insofern grundsätzlich zu allen Themen sprechfähig. Zudem ist Herr Innenminister Strobl als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Innenministerkonferenz) auch nach wie vor mit dem Thema „Migration“ befasst. Aus dem von den Antragstellern in Bezug genommenen Interview geht dieser Zusammenhang auch klar hervor, beispielsweise durch folgende Aussage: „Bereits Mitte Juni waren wir unter meinem Vorsitz in der Innenministerkonferenz einig, dass die Länder die Ortskräfte aufnehmen.“

13. wieso die weitere Aussage von Innenminister Strobl im besagten Interview, die FDP stelle ein „Sicherheitsrisiko“ dar, nicht gegen die Neutralitätspflicht für Regierungsmitglieder verstoßen soll;

Zu 13.:

Der Landesregierung ist es ein großes Anliegen, dass dem Neutralitätsprinzip, das sich aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes ableitet, vollumfänglich Rechnung getragen wird. Das Neutralitätsgebot verlangt indes gerade nicht, dass sich Regierungsmitglieder jeder politischen Stellungnahme in Presse oder Medien enthalten. Gerade in Bezug auf Zeitungsinterviews hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass diese nicht nur Inhabern von Regierungsämtern, sondern auch Angehörigen der sie tragenden politischen Parteien und der Opposition offenstehen. Der Inhaber eines Regierungsamtes ist danach nicht verpflichtet, sich im Rahmen eines Interviews auf die Regierungstätigkeit betreffende Aussagen zu beschränken, da auch dies mit dem Recht politischer Parteien auf Chancengleichheit nicht zu vereinbaren wäre. Vielmehr ist er auch insoweit zur Teilnahme am politischen Meinungskampf befugt (BVerfG, Az. 2 BvE 1/19, Rn. 62). In dem besagten Interview hat Herr Innenminister Strobl sich nicht nur in seiner Funktion als Innenminister des Landes Baden-Württemberg, sondern ersichtlich in gleichem Umfang in Parteifunktion geäußert; insbesondere hat er mit Blick auf die in Rede stehende Äußerung nicht in spezifischer Weise auf die mit seinem Regierungsamt verbundene Autorität zurückgegriffen. Vor diesem Hintergrund ist ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot nicht erkennbar.

14. wieso unter Zugrundlegung dieser Maßstäbe des Innenministers, ob etwas als „Sicherheitsrisiko“ einzustufen sei, nicht die mutmaßlich lasche Sicherheitsüberprüfung der nach Deutschland aus Afghanistan eingereisten Personen ein „Sicherheitsrisiko“ dastelle.

Zu 14.:

Die in der Fragestellung gewählte Formulierung der „mutmaßlich laschen Sicherheitsüberprüfung“ ist eine nicht durch Fakten gestützte Behauptung der Antragsteller. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zu Ziffer 1 bis 4 und 11 verwiesen.

In Vertretung

Württemberg

Staatssekretär